

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
janzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (100)

8. Jahrgang.

Dienstag 10. April 1928.

Nr. 86.

Die unsichtbare Macht.

Es war ein herrlich symbolischer Anblick, vergangenen Dienstag nachmittag vor dem Tore der Zivnostenska banka den Doppelfordon schwer bewaffneter Gendarmen zu sehen, und nur eines fehlte noch diesem Bild, um es zum vollkommenen Wappen des Bürgerblods zu machen: der Pfaffe, der zu Bank und Gendarm gehört, wie das Amen zum Gebet. Und doch mag bei weitem nicht allen Passanten bewußt worden sein, wie sich in diesem Bilde der Sinn des gegenwärtigen Regimes offenbart, wie es der breiten Masse des Volkes ja auch nicht bewußt ist, welche staatsbewegende Macht sich hinter dem Tore der Zivnobank birgt, das der Bürgerblod durch Gendarmen bewachen läßt.

Ihr meint, die Zivnobank, das sei eben die größte, mächtigste, kapitalträchtigste Bank des Staates; ihr meint, hier sei ein Geldinstitut wie alle andern, nur um einige Millionen reicher. Hier verbirgt sich dem Auge des naiven Staatsbürgers, der keine Börsenberichte und keine Bilanzen liest, viel mehr. Die Zivnostenska banka beherrscht nicht nur den Geldmarkt, ihr Konzern durchdringt die gesamte große Industrie, sie ist an allen bedeutenden Aktiengesellschaften beteiligt, so daß sie beherrschenden Einfluß auf sie üben kann. Die große Zahl der kleinen Unternehmungen, die durch Schuldnechtheit ganz in ihrer Hand sind, zählt die Bank des tschechischen Finanzkapitals in ihrem Jahresbericht nicht auf, aber schon die Aufzählung der 60 Aktiengesellschaften, die zum Zivnokonzern gehören, ermöglicht uns einen Einblick in den gewaltigen wirtschaftlichen Herrschaftsapparat der Bank.

Seit der Bildung der allbürgerlichen Koalition im Frühjahr 1926 macht der Staat mit den Zuckerbaronen Geschäfte auf Halbpant. Die Steuer auf Zucker steigt und mit ihr auch der Profitanteil der Unternehmer. Das Kilogramm Zucker, dessen Herstellungspreis 1.70 bis 2.30 Kronen beträgt, kostet auf diese Weise heute sechs Kronen und mehr. Zu den Zuckerbaronen, die den Profit einstreichen, gehören auch die großen Zivno-Aktionäre, denn die Böhmisches Gesellschaft für Zuckerindustrie, die großen Schoellerschen Zuckerfabriken, die frühere Walterische Launer Zuckerfabrik gehören zum Konzern der Zivnobank. Ihr zinsen wir mit jedem Würfel Zucker, den wir in den Frühstückskaffee, den der Arbeiter in seinen Mittagskaffee gibt.

Wir können nichts laufen und verbrauchen, ohne daß die Zivnobank dabei ihren Profit einsteckt. Ihr meint, es gebe noch große selbständige Industrieunternehmen in der Republik? Vielleicht die Berg- und Hütten-gesellschaft? Der Jahresbericht der Zivnobank berichtet von diesem Konzernunternehmen, daß es nach der Verschmelzung mit den Eisenwerken Rothau-Neudorf nach vollzogener Rationalisierung das größte Unternehmen seiner Art in Europa sein werde. Man sieht, für wessen Nutzen die Rationalisierung vollzogen wird. Ihr kauft etwa Koks von den Werken der Ferdinands-Nordbahn — nun so entgeht ihr dem Vampyr nicht, denn die Unternehmen der Ferdinands-Nordbahn gehören ebenso zum Zivnokonzern wie etwa die Böhmisches Handelsgesellschaft oder die Polidhütte. Die Maschinen, an denen ihr arbeitet, liefert die Böhmisches Mährische Kolben A.G. Sie und die mit ihr in Fusion stehende Firma Breitfeld u. Daněk gehören zum Machtbereich der Zivnobank! Ihr leßt die Tatraswagen durch die Straßen rollen, Produkte einer großen einheimischen Automobilfirma. Wißt ihr auch, daß am Profit der Tatras-Werke die Zivnobankiers beteiligt sind? Ihr kauft Metallwaren der Firma Moravia, die Kleinbäuerliche Genossenschaft kauft eine Maschine der Firma Melichar, Umrath u. Co. — der Profit der Zivnobank steigt, denn zu ihrem Konzern gehören auch diese Unternehmungen. In einem Neubau werden die Heizungen von der Dstrak hergestellt, die Traversen von

den Walzwerken in Priboz geliefert — an beiden profitieren die Herrn um Dr. Preiß. Die Maschinenfabrik Kovaku, Zahn, die Bratislauer J. Roth A.G., die Metallwarenfabrik Runa, sie gehören zum allmächtigen Zivnokonzern. Eine Telefonleitung wird in einen Neubau eingeleitet, alte Telegraphenkabel werden erneuert — die Zivnobank streicht ihren Profit dabei ein, denn auch die „Telegrafia“ gehört zu ihrem Konzern.

Die Solo-Bändler bringen der Zivnobank nicht minder Profit als die der meisten chemischen Fabriken und der Fabriken für Explosivstoffe. Wir brauchen Papier aus der Moldaumühle oder aus der Rosenberger Zellulosefabrik und wir zinsen dabei der Zivnobank. Wenn wir Mehl verbrauchen, das in der „Union“ in Osisel (Kroatien) vermahlen wurde, wenn wir zum Nachtmahl Würste von Chmel essen und ein Glas Pilsner dazu trinken, haben wir dem großen Böden gedient, denn sowohl die Pilsner Aktienbrauerei als auch die Selchwarenfabrik Chmel oder die Würstfabrik in Kosteletz in Mähren gehören zum Konzern der Zivnobank. Aber wenn wir statt des Pilsners auch nur Tee oder Kaffee von Julius Meisl trinken, entgehen wir nicht unserer Pflicht, der Zivnobank zu höherem Profite zu verhelfen.

Was wir am Leibe tragen — es kommt zum größten Teil aus den Betrieben des Zivnokonzerns. Die großen Mauthnerschen Textilfabriken, die „Cosmans“, die Lobositzer Kunstseidefabrik, die frühere Reichertische Samtfabriken, die Textilfabriken Hernd u. Sohn gehören zum Zivnokonzern.

Wer sich ein Haus baut oder einrichtet, wird leicht zum Kunden der Zivnostenska. Er braucht nur bei der Königinhof Zementfabrik, bei den Westböhmisches Kaolin- und Schamottfabriken, bei den Rakonitzer Keramikwerken oder bei den Gdingen Ziegeleien seinen Baubedarf zu decken. Aber auch die Möbel liefert ihm der Konzernbetrieb Thonet-Mundus, so wie Schwarzkopf ihm Schuhe oder Riemen liefert.

Und wollen wir eine Reise tun, so zahlen wir auf der Eisenbahn hohe Preise, damit der Staat der Zivnobank Steuerermäßigungen geben kann, auf einem Elbe- oder Donaudampfer aber sind wir schon wieder unmittelbar dem Einfluß des Zivnokonzerns überantwortet, der die Schiffsahrtsgesellschaften beherrscht. Lassen wir uns endlich bei der Moldavia Generali oder bei der Securitas versichern, so können wir versichert sein, daß unser Geld dem Zivnokonzern gute Dienste leistet.

Das sind lange nicht alle Betriebe des Konzerns und in der Preisbildung und im Profit erschöpft sich nicht der Einfluß der Bank. Ein Lohnkonflikt bei der Prager Eisen-Gesellschaft, bei Skoda, bei Laurin u. Klement, bei Donatu, Co in Brünn, in den Ringhoffer-Werken, in den Mannesmann-Werken in Komotau wird letzten Endes von den Leitern der Zivnobank entschieden. Ein unsichtbares Netz ist über den Staat ausgeworfen, wenige Männer halten die Fäden in der Hand. Die Zeit der patriarchalischen Unternehmer, die angeblich selbst im Betrieb standen und dem Arbeiter vertraut waren, ist vorbei. Unsichtbar, unbekannt sitzen in ihren Direktionsräumen, auf ihren Villen, in ihren Stadtpalais die Herren der Wirtschaft und dirigieren zehntausende Hände. Der Arbeiter weiß nicht, für wen er schafft, für wen er sich radert, für wen er sich in Lebensgefahr begibt. Aller Profit fließt durch geheime Kanäle den wenigen großen Besitzern zu, den wahren Herren des Staates. Sie haben keine andere Funktion in der Gesellschaft, als zu raffen und zu nehmen, sie arbeiten nicht, sie leiten nicht, sie stehen nur ein. Denkt sie hinweg und nichts wird sich am Apparat der Gütererzeugung, aber sehr viel an dem der Güterverteilung ändern!

Zum 1. Mai 1928.

An die Arbeiter aller Länder!

Die ungeheuren Opfer an Menschenleben, die wahnsinnigen Verheerungen der Wirtschaft, die den vier Jahren des Völkermordens zur Last fallen, hatten zunächst auch die hartnäckigsten Vertreter der kapitalistischen Ausbeutung und der imperialistischen Nachkriegserlöse. Unter dem unmittelbaren Druck der entsetzlichen Katastrophe, erklärten sie sich bereit, den Forderungen der Arbeiterklasse entgegenzukommen. Sie verpflichteten sich feierlich, vor allem

den Achttundentag und die Abrüstung

auf internationaler Basis zu verwirklichen. Jahrelang wurde erwogen, verhandelt, beraten und immer wieder die Erfüllung der feierlichen Verpflichtungen hinausgeschoben. Im zehnten Jahre nach dem Waffenstillstand glaubten die kapitalistischen Regierungen, auch die letzten Reste des Schamgeföhls abstreifen zu können. An der Spitze der Wortbrüchigen marschiert die konservative Regierung Großbritanniens. Sie hat nach jahrelangem Wandern nun offen im Genfer Arbeitsamt erklärt, daß sie die

Konvention von Washington über den Achttundentag,

die die Regierungsbretter Großbritanniens am 28. November 1919 mitbeschlossen haben, nicht ratifizieren wolle.

War über den Achttundentag unmittelbar nach dem Krieg wenigstens ein Konventionsentwurf zustande gekommen, so ist die Frage der internationalen Abrüstung noch nicht einmal in diesem Vorstadium der Vorbereitung.

Das Scheitern der Seemehrungskonferenz

der drei größten Seemächte der Welt und vor allem

Das Scheitern der Genfer vorbereitenden Abrüstungskonferenz

offenbaren nur allzu deutlich, daß die imperialistischen Regierungen die Zeit für gekommen erachten, um den Gedanken der Abrüstung auch öffentlich zu verleugnen.

Es ist den kapitalistischen Regierungen gelungen, durch Verschleppungsmanöver über die kritische Periode des moralischen Druckes, den die dampfenden Schlachtfelder auf sie ausübten, hinwegzukommen. Die Arbeiter aller Länder sind dieser Verschlechterung der tatsächlichen Situation bewußt. Sie werden die Lehre daraus ziehen, noch enger als bisher die Reihen zu schließen, alle Kräfte im gemeinsamen Kampfe ihrer Klasse zusammenzufassen. Die Geschlossenheit der Aktion muß sich vor allem bewähren

in den großen Wahlkämpfen dieses Jahres!

Sie wurden verheißungsvoll eingeleitet durch die Wahlen in Polen, wo es der sozialistischen Partei gelang, mehr als eine halbe Million neuer Wähler um sich zu scharen. Am 1. Mai wird bereits das Resultat des gewaltigen Kampfes, den unsere sozialistischen Genossen in Frankreich führen, bekannt sein. In Deutschland wird der 1. Mai ein Höhepunkt des Ringens um den Wahlsieg sein. Später wird die Wahlentscheidung in England, Belgien, Holland und in der Schweiz fallen. In alle diese großen Kämpfe geht die Arbeiterklasse

im Vertrauen auf die eigene Kraft allein.

Eine Welt von Feinden umgibt sie. Aber die Arbeiter wissen, daß der Klärungsprozess im Innern ihrer Klasse selbst große Fortschritte gemacht hat, daß die Irrungen und Wirrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit immer mehr überwunden werden, daß es in immer höherem Grade gelingt, die Arbeiterklasse zusammenzufassen zur

Einheit in Wollen und Tat.

Die kapitalistischen Feinde wagen es wieder, ihr wahres Angesicht offen zur Schau zu tragen. Die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern durch den gemeinen Spott über den Achttundentag bei der ersten Maifeier 1890, sie lassen sich ebenso wenig einschüchtern durch den perfiden Wortbruch, der nun für alle Welt offenbar ist.

Die Wahlstiege dieses Jahres werden eine kräftige Antwort sein!

Aber das Kampffeld der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist nicht beschränkt auf die Länder, wo Wahlkämpfe stattfinden. Die schwierigsten Aufgaben sind

in den Ländern ohne Demokratie

zu erfüllen. Und nicht viel besser steht es

in den Ländern mit Scheindemokratie.

Die größten Opfer bringen die Genossen dieser Länder, um organisatorische Verbindungen aufrecht zu erhalten, um den Massen in ihrem Lande Aufklärung über die wahre Lage und ihre Aufgaben zu vermitteln, um das Ausland zu informieren über die Greuelthaten der Diktatoren und Halbdiktatoren. Und so gedenken wir am 1. Mai vor allem unserer Genossen in den Gefängnissen und Verbannungsorten und jener, die das harte Los haben, im Exil leben zu müssen.

Tropf aller Drohungen der Reaktion, marschiert die Arbeiterklasse unaufhaltsam weiter, wächst ihre Organisation und Kampfkraft. Auf dem

Brüsseler Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

im August wird sie sich mit den großen Profeten der Abrüstung und des Militarismus, mit den entscheidenden Fragen der Kolonialpolitik und des Imperialismus auseinandersetzen. Dieser Kongress wird den Fortschritt, den die Sozialistische Arbeiter-Internationale in der gemeinsamen Aktion für die Ziele des Sozialismus in den ersten fünf Jahre ihres Bestehens erungen, zum kräftigen Ausdruck bringen. Die ersten Vorbereitungsarbeiten für ihn sollen getragen sein von der Exzitation unserer großen Manifestungen, in den wir demonstrieren:

Gegen den Militarismus! Gegen den Imperialismus!

Gegen den Krieg!

Gegen die faszistische Reaktion! Gegen die kapitalistische Ausbeutung!

Für die internationale Festlegung des Achttundentages!

Für das Selbstbestimmungsrecht der Kolonialvölker!

Für die organisatorische Einheit des Proletariats in jedem Lande und in der Internationale!

Für die neue Gesellschaftsordnung des Sozialismus!

Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Der Bundestag der Arbeiterturner.

Karlsbad, 9. April. In der Nachmittags-sitzung des ersten Verhandlungstages referierte Genosse Müller über

Die nächsten Aufgaben des Bundes.

Er führte aus:

Es scheint uns oftmals, daß unsere Arbeit immer die gleiche bleiben würde. Wenn wir aber den Bund bei Gründung mit dem heutigen Stande vergleichen, sehen wir, wieviel gewaltigen Weg wir zurückgelegt haben. Es wird nun unsere wichtigste Aufgabe sein, jene Vereine in Ordnung zu bringen, die ihre Pflicht dem Bunde gegenüber nicht erfüllen. Unsere Bewegung leidet unter einer außerordentlich starken Plak-tuation. Das Problem der Erhaltung der Mitglieder und der Reinerwerbung ist das Grundproblem unserer Bewegung. Der Jugendwerbungs muß besonders Augenmerk gewidmet werden. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Kindergruppen gut geleitet werden; vor Schluß müssen wir zu den Kindern gehen und auch mit den Eltern Fühlung nehmen. Eine sehr wichtige Aufgabe ist es auch, die Frauen der Turnbewegung zuzuführen. Ueberall müssen wir in der nächsten Zeit werben, bei den Frauen und Mädchen, bei den Kindern und Jugendlichen, wie bei den Männern. Unsere Vereine müssen auch dem Wandertrieb der Mitglieder, vor allem der Jugendlichen, Rechnung tragen. Die Durchführung des Spartenwesens ist notwendig; wir müssen aber der Gefahr der Gleichzeitigkeit rechtzeitig begegnen. Dem neuen Zug müssen wir Rechnung tragen, wenn wir gegenüber der bürgerlichen Turnbewegung nicht in Nachteil kommen wollen. Was uns von der bürgerlichen Bewegung grundmäßig unterscheidet, ist, daß der bürgerliche Sport die Höchstleistung Einzelner zum Ziel hat, während der Grundgedanke des proletarischen Sportes die Massenleistung ist. Der Wertsportbewegung müssen wir entschieden ablehnend gegenüber treten, da ihr eigentlicher Zweck der ist, die Arbeiter von der Arbeiterturn- und Sportbewegung fernzuhalten. Ein sehr wichtiges Kapitel ist die Schulung unserer Funktionäre, die sich auch viel mit den politischen und gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen müssen. Das Erzieherwesen muß ausgebaut werden. Unsere Bewegung leidet an einem Mangel an rednerisch begabten Genossen. Es wird gut sein, wenn wir zu diesem Zwecke eigene Referentenzirkel schaffen. Der Referent bespricht dann die Ausgestaltung der Bundespresse und der Festkultur, sowie das kommende zweite Bundesturnfest. Der Zusammenschluß der Kulturorganisationen wird allgemein als notwendig erkannt. Wir werden darauf hinarbeiten, daß wir bis zum nächsten Bundestag wenigstens den Zusammenschluß mit den Arbeiter-rad-fahrern erreichen können.

Für Leibesübungen wird in der Tschechoslowakei vom Staate äußerst wenig getan. Auf jeden Einwohner kommt ein Zehntel Heller für Leibesübungen. Die Subventionen, die unseren Vereinen gegeben werden, sind äußerst gering und in der Regel viel kleiner als die Steuern, die gezahlt werden müssen. Obwohl die Arbeitervertreter im Parlament unsere Interessen immer in anerkannter Weise vertreten haben, werden wir doch dazu kommen müssen, daß einmal ein aktiver Funktionär der Turnbewegung ins Parlament einzieht. Unsere ganze Arbeit muß so eingestellt sein, daß man in ihr unsere Weltanschauung erkennt. Ueber die Frage: Körperkultur und Sozialismus müssen wir viel öfter sprechen.

Nach Besprechung technischer Fragen schließt Genosse Müller wie folgt: Auf der einen Seite stehen die Schule und die Kirche, auf der anderen stehen die Arbeiterturner und Sportler, die ringen wollen mit den übrigen Arbeitern um die soziale

Gelegenheit, um die Lösung des Bedenkenkreises der Arbeiterklasse, für die Freiheit der arbeitenden Klasse. (Beifall.)

Vor Eingang in die Diskussion begrüßt der Vorsitzende den inzwischen erschienenen Vertreter der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale, Genossen W i l d u n g - B e i t z i g, der dann folgendes ausführt:

Nicht in allen Ländern kann man die Freude an der Anwesenheit eines Vertreters der Internationale feststellen. Wir haben in vielen Ländern die proletarische Festkultur gebildet. Die großen internationalen Veranstaltungen, wie die Olympiade in Frankfurt und die großen Feste in Leipzig und Wien haben deutlich bewiesen, daß die Jugend im Begriffe ist, sich eine neue Kultur zu schaffen. Auch Euer Verband hat auf diesem Gebiete Großes geleistet. Ich hoffe, daß die Kampfstimmung wehr einfacher wird, daß dieser Verbandstag Euch die Einigkeit erhalten möge und daß Euer Bund auch weiterhin der Stolz der Internationale bleiben möge. (Beifall.)

Die Debatte.

Die Kommunisten treten den Rückzug an.

Während am Vormittag die Kommunisten alle ihre Redner aufmarschieren ließen und deutlich das Bestreben erkennen ließen, daß sie es auf die Ausgliederung einer großen politischen Auseinandersetzung abgesehen haben, bei der sie Kapital für ihre Partei zu münzen gedachten, bliesen sie nachmittags zum Rückzug. Man muß zugeben, daß dabei geschickt und unter Ausnutzung aller tatsächlichen Vorteile vorgegangen wurde. Schließlich haben es die Vertreter so aufgeregt und empfindlich sich gebärdenden Reichenberger in aller Ruhe hingegenommen, als Genosse F a l l s c h in wenigen aber um so wirkungsvolleren Worten mit ihren Wortführern abgerechnet und das ganze kommunistische Manöver im richtigen Lichte darstellte.

Wir geben nun die wichtigsten Ausführungen in der Diskussion wieder:

R ü c k l e p t s c h beschäftigt sich mit dem Erzieherwesen. Unser Streben ist darauf gerichtet, zu einer straffen Organisation des Erzieherwesens zu gelangen. Es geht um die Erziehung des proletarischen Nachwuchses, um die Schaffung einer proletarischen Kultur. Wir verstehen darunter die Kultur des Klassenkampfes. Eine sozialistische Kultur kann es erst geben, bis der Sozialismus verwirklicht ist. Heute ist die Kultur des Proletariates eine Kampfkultur. Daraus ergibt sich auch schon das Ziel unserer ganzen Kulturarbeit: Erziehung für den Klassenkampf des Proletariats. Sehr notwendig ist die Schaffung einer Beratungsstelle für proletarische Festkultur. Wir dürfen unseren Vereinen nicht nur Ratsschlüsse geben, sondern wir müssen das Neue selbst herbeischaffen.

P l e w a - R e i c h e n b e r g begründet die von den Kommunisten eingebrachte Antrags-Resolution, die sich mit der Abrüstung und dem Faschismus befaßt und die Einführung des Wehrmünzens fordert.

D i t t r i c h (Kommunist) sagt, die vormittägige Debatte habe immer wieder gezeigt, daß die Verpflichtung da ist, einander die Wahrheit zu sagen und trotzdem zum Schluß zu versuchen, aus diesem Dilemma einen Weg zu finden, der uns zu einem gemeinsamen Ziele führen soll. Auch in Zukunft soll es wieder vorwärts gehen, so wie es der Vertreter der Internationale gesagt hat. Was das Erzieherwesen betrifft, so trennen uns zwar die Wege, aber wir haben das gemeinsame Ziel, den Kapitalismus niederzuwerfen. Da wird

auch der Umstand eintreten müssen, daß wir einen gemeinsamen Weg in dieser oder jener politischen Frage finden. Die Arbeiterklasse hat das in der letzten Zeit besonders im tschechischen Gebiete selbst bewiesen. Die tschechischen Arbeiter beginnen nun auch die Verhältnisse klar zu sehen. Auch der heutige Bundesturntag hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir bei akuten wirtschaftlichen und politischen Fragen einen gemeinsamen Weg gehen, daß wir gemeinsam den Kampf führen gegen die Bourgeoisie. Tun wir das, schließlich wird die Einheitsfront, dann muß es wieder so werden wie 1918, da sich die Bourgeoisie in alle Winkel ver-troch.

Die Ausführungen Dittrichs erregen geradezu Aufsehen, denn gerade er hat in der Debatte zu den Berichten nicht scharf genug den Verrat der Sozialdemokraten aufzeigen können. Nun blies er plötzlich die Friedensschalmei und das war wohl erst recht nicht geeignet, Zutrauen in die Ehrlichkeit der Kommunisten zu erwecken. Den Kommunisten antwortete, nachdem er sich zunächst ausführlich und gewohnt sachlich mit dem Problem der Zusammenfassung der proletarischen Kulturorganisationen beschäftigt hatte.

Genosse F a l l s c h:

Was die Auseinandersetzungen mit den Kommunisten und die Hinweise auf den Parteitag des Jahres 1920 betrifft, so muß eines festgehalten werden: Es besteht ein großer Unterschied zwischen damals und heute. Damals ging es um große entscheidende Fragen, heute wird um Kleinigkeiten gestritten. Die ganzen Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß wir viel, sehr viel Zeit verloren haben. Wir wollen aber nicht noch mehr Zeit verlieren, denn

Der zweite Verhandlungstag.

Die Beratungen werden Sonntag um 9 Uhr früh wieder aufgenommen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung

Beitragsreform

erstattet das Referat Genosse W i l m a n n - A u f f i g, der in längeren sachlichen Ausführungen die Notwendigkeit der Beitragserhöhung darlegt. Er führt aus, daß die Anforderungen an den Bund ununterbrochen wachsen und daß, wenn der Bund im Interesse der Bewegung allen Rechnung tragen will, ungeheure geldliche Aufwendungen erforderlich sind. Wenn wir Kurse und Schulen veranstalten, so erreichen wir dadurch eine engere Bindung zwischen den Mitgliedern und Funktionären einerseits und dem Bunde andererseits. Es sei nur darauf hingewiesen, daß wir, als der bekannte Erlaß wegen des Schülerturnens herauskam, innerhalb weniger Monate tausende von Schülerturnwarten ausgebildet und geprüft haben, so daß wir eine drohende Gefahr abwenden konnten. Wir haben noch große Aufgaben zu erfüllen, das Vorturnerproblem, die Ausbildung von Technikern überhaupt, sowie die Turnlehrerfrage harren der Lösung. Zu allem aber ist Geld notwendig. Während des ganzen verfloffenen Jahres ist in den Vereinen über die Beitragsreform diskutiert worden. Gar viele haben die Befürchtung ausgesprochen, daß wir durch die Erhöhung des Beitrages Mitglieder verlieren werden. Das Resultat war aber, daß wir Ende des Jahres mehr zahlende Mitglieder aufwiesen, als das am Schluß des vorhergehenden Jahres der Fall war. Daraus geht hervor, daß die Mitgliedschaft die Notwendigkeit der Beitragsreform erkennt und wenn man auch die Funktionäre das Ihre tun und dem Bunde die erforderlichen Mittel bewilligen, und dort wo Widerstände vorhanden sind, sie beseitigen, dann werden wir in Zukunft um so leistungsfähiger werden. (Beifall.)

In der Debatte sprechen elf Delegierte, die sich in der Mehrzahl für die Beitragserhöhung

wir haben große Aufgaben vor uns, es harren große Probleme der Lösung. Diese Probleme können nicht durch Reden und Resolutionen im Rahmen der Turnbewegung gelöst werden. Vergessen wir nicht, daß das größte Hindernis in unserer Arbeit, in unserem Kampfe die politische Zerrissenheit des Proletariates in diesem Staate ist. Diese Zerrissenheit müssen wir beseitigen. Da nun könnten die Kommunisten der Arbeiterbewegung keinen größeren Dienst erweisen, im Kampfe gegen Kriegsgewalt und Faschismus keine größere Tat leisten, als die Einstellung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Das ist das Entscheidende: Daß Ihr Euch klar werden müßt, daß die Sozialdemokratie niemals unzubringen ist und daß auch dieser Verband niemals ein kommunistischer Verband werden wird. Je eher Ihr das einsehen werdet, um so besser wird das nicht nur für den Verband, sondern für die gesamte Arbeiterbewegung sein. (Stürmisches, langanhaltender Beifall.)

In seinem Schlußwort befaßt sich Genosse Müller mit den Ausführungen der einzelnen Debatteredner und behandelt sodann abschließend die zu seinem Referate vorliegenden Anträge. Bei der Abstimmung wird unter anderem ein Antrag auf Verbeiführung der Verschmelzung der Organisationen der Arbeiterturner, Radfahrer, Sänger und Naturfreunde angenommen, so wie eine ganze Reihe von Anträgen, die sich mit der Ausgestaltung der Bewegung, bzw. technischen Fragen, beschäftigen, nach den Vorschlägen des Bundesvorstandes erledigt.

ausprechen. Auch die Delegierten des Reichenberger Kreises sind dafür, daß der Bund mehr Mittel erhalte.

Der Vorsitzende erteilt dann der Abg. Genossin P l a t n y das Wort, zu einer kurzen Begrüßung. Sie wies unter anderem auf die Tatsache hin, daß der Achttandtag im Leben des Arbeiters eine große Veränderung mit sich gebracht hat. Es sind bloß einige freie Stunden und doch sehen wir schon ein wunderbares Schauspiel: Die Kultur, die vom Bürgertum verlassen wurde, ist von den Arbeitern aufgegriffen worden und wird von diesen weitergetragen, weiterentwickelt, umgebaut. — Von großem Idealismus erfüllt war der nun folgende Bericht des Genossen S c h w a r z aus K o j o l o p, der unter anderem mitteilte, daß die Vereine des Böhmerwaldes einstimmig der Beitragserhöhung zugestimmt haben. Es handelt sich dabei fast durchwegs um Arbeiter mit einem Wochenlohn von selten über 60 Kronen.

Im Schlußwort legte Genosse W i l m a n n gegen die Aufhebungen Verwahrung ein, daß der sozialdemokratische Bundesvorstand die Mittel des Bundes einseitig, zu Ungunsten der anderen politischen Richtung verwende und drückte nochmals den Wunsch aus, daß der Bundestag den Antrag auf Erhöhung des Beitrages einstimmig annehmen möge.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Bundesvorstandes betreffend die Beitragsreform gegen 31 Stimmen mit vier Fünftelmehrheit angenommen. Bezeichnend ist, daß die kommunistischen Vertreter beschloffen, gegen den Antrag zu stimmen.

In der Nachmittags-sitzung wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Es sind aus den Kreisen 145 Delegierte anwesend, 16 Mitglieder der Bundesleitung und zwei Mitglieder der Kontrolle; außerdem sind 16 Gäste von befreundeten Organisationen anwesend.

Der Daidams und eine Streiche

Verlegt vom Buchverlag in Berlin 1927
Von Oskar Währle. 11

Bibbel, der Seminarlehrer, raste, als er diesen Artikel vor seine Brillengläser bekam. Eine Gemeinheit, so was! Einzelheiten und etliche Aufspielungen verrieten, daß der Verfasser mit den Verhältnissen in der Anstalt sehr genau Bescheid wußte. Demnach konnte diese „schornaldische Schandtat“, wie sich Bibbel ausdrückte, nur von einem Seminaristen begangen worden sein. Und wenn schon, wer kam da anders in Betracht, wer anders konnte derart led den Chimborazo seiner Frechheit erklimmern als eben Daidams, der Federgezwandte? Ich wurde vorgerufen, in ein Kreuzfeuer von spitzen Fragen gestellt und höflichstlich verhört. Meine Rechtfertigung wurde zwar zur Kenntnis genommen, aber mit solchen Gesichtern, denen man deutlich genug an sah, daß sie mir nur zur Fälligkeit oder noch weniger glaubten.

An jenem denkwürdigen Abend war im Theater die „Jungfrau von Orléans“ gegeben worden. Die Vorstellung war, den kümmerlichen Provinzverhältnissen entsprechend, so schlecht, daß der Autor Achill vor Schmerz über die ihm damals angebrachte Schandtat wahrscheinlich heut noch in seinem Grabe rotiert. Aber trotz ihrer Mangelhaftigkeit hatte sie für mich dennoch eine gewaltige Bedeutung: als Page war ein Mädchen auf, das wunderbare Weine hatte. Das ganze Wesen war von einem Liebreiz, wie ich einen solchen in meinem hässlichen Leben bis dato nicht gesehen hatte. Der Name dieses Mädchens stand zwar auf dem Theaterzettel: er klang polnisch oder tschechisch, und war mit unseren rath-röschischen Sprachwerkzeugen nicht auszusprechen.

Ich war von dieser Erscheinung rein weg, wie verzaubert. Im Seminar schlich ich mich in dieser Nacht aus dem Schlaafal in das bitterkalte Arbeitszimmer und verfaßte da hemdlang einen sechzehn Seiten langen Liebesbrief an das bewachte Fräulein. Was ich da alles zusammenkletterte, weiß ich heute nicht mehr; ich nehme aber an, daß es keine Vernünftigkeiten gewesen sein werden. Als die Liebesepistel fertig war, überkletterte ich noch in der gleichen Nacht die Anstaltsmauer und warf den Brief in den Hofen. Bis zum Morgen konnte ich nicht einschlafen, teils vor Zähneklappern, teils der Erwartung wegen, die ich mir bei meinem Liebesbrief gebolt hatte, teils vor seliger Erwartung nicht; denn ich glaubte fest und fest, daß sich aus meinem Brief ein Abenteuer entwickeln werde. Und weiß Gott, es entwickelte sich!

Nun muß man wissen, was ich Rindsnabel damals noch nicht wußte: den Gang der Welt. Als die junge Dame im Theater meinen Brief erhielt, lachte sie nach dessen Lektüre derart unbändig, daß das gesamte Personal in der Garderobe zusammenlief. Erst wurde das Unglückschreiben triumphierend wie eine Fahne hin- und hergeschwungen, dann, als sich der erste Beiterleitensbruch gelegt hatte, wanderten meine liebestrunkenen Beilen von Schminkstisch zu Schminkstisch. Nun steht bekanntlich niemand der Liebe und ihren Aufhebungen kritischer gegenüber als diejenigen, die beversucht damit zu tun haben. Deshalb war des riesenhaften Gelächters nirgends ein Ende. Zum Schluß wurde der Brief dem Musikdirektor am Seminar in die Hände gespielt, der gleichzeitig Theaterkritiker war und darum Beziehungen zu dem lachschichtigen Pöbeln hatte.

Dieser Musikdirektor, ein würdiger Greis von zweihundertjährig Jahren, war es, der mich derart in das Eiswasser einer Beschämung stürzte, daß ich davon verlor bis über beide Ohren. Am Dienstag Morgen in der Harmonielehrstunde

zitierte er mich an die Notentafel vor. Ich sollte da den Choral „Es ist ein' Ros' entsprungen“ harmonisieren. Während ich nun an der Notentafel stand und mich von Takt zu Takt mehr abquälte mit den verfluchten Notenköpfen, sah ich auf dem Pulte neben dem Tintenfaß ein Päckchen liegen, das verdammt meinem hochgrauen Briefpapier gleich. Ein furchtbarer Verdacht stieg mir auf, der mich noch zappeltiger machte, als ich ohnehin schon war. Aber als ich in meiner Hilflosigkeit noch einigen Minuten mit der Kreide in der Hand nicht mehr weiter konnte, nahm der Alte am Pult das graue Papierpäckchen in die Hand, schwang es wie ein Indianer einen frisch-erbeuteten Stalp und schrie: „Ala, einen ordentlichen Dreiklang ordentlich aufhören, das können Sie nicht, Sie sehr junger Mann! Aber sechzehnteilige Briefe schmieren, nicht wahr, das können Sie! Machen Sie, das Sie an Ihren Platz kommen, Sie verfliegene Bündel!“ Ich retirierte schleunigst. Die Klasse kriegte Stielaugen bei diesem Auftritt. Aber das Ganze blieb doch ein Geheimnis, von mir erfuhr keiner was.

Wir wurde alles im Seminar devot verhaft, daß ich beschloß, irgendwie loszukommen. Lange überlegte ich hin und her, wie ich wohl am besten anstellen könne. Schließlich kam mir die Erlösung. Ich ging zum Direktor, Herrn Bibbel, und legte, ich wollte die Anstalt verlassen, es seien mir Mittel zur Verfügung gestellt worden, in Basel weiterzustudieren. Bibbel fragte mich, ob meine Eltern damit einverstanden seien. Frech sagte ich ja und unterschrieb das Austrittsprotokoll, das er sofort an den Ober-schulrat schickte.

Ich selber packte ein und fuhr nach Gebweiler zu Verwandten, wo ich Geld pumpen wollte. Das zog aber nicht. Die Verwandten, durch mein plötzliches Aufstehen mißtrauisch gemacht, hielten mich ein paar Tage mit Ausreden hin und schrieben unterdessen dem Vater. Er kam sofort und holte mich. Auf der Fahrt unter-

weg sprach er keine Silbe und guckte mich auch nicht an, sondern sah immer nur zum Fenster hinaus. Das war schlimmer, als wenn er mich geprügelt hätte.

Zuhause ging alles in so leisem Geleise, als ob irgendwer gestorben wäre. Kaum daß beim Mittagessen noch die Teller und Messer und Gabeln klapperten. Schmeden tat's so wie so keinem mehr, besonders dem Vater nicht. Drei Wochen lang ließ er den Kopf hängen, noch mehr als ich, dann endlich hatte er einen Entschluß gefaßt und tat mich nach Basel in ein Büro, wo ich tagaus, tagein nichts anderes zu tun hatte, als blödsinnige Adressen zu schreiben. Von dort aus kam ich in eine kleine schmerige Druckerei, wo's schon im Hausgang nach verbrauchtem Del und nach Druckerchwärze roch. Hier lernte ich das ganze Leben kennen, das um eine kleine Zeitung herum ist; ich spitzte die Ohren wie ein Hühnerhund, dem gepiffen wird und hoffte darauf, vielleicht nach einiger Zeit in die Redaktion hineinzukommen. Aber damit war's Effig; denn dort sah bereits ein Mann hinterm Klettertopf, und wie mir der Geschäftsführer in einer An-wandlung von Offenheit erklärte, war schon der zuviel. Ich sollte dazu abgerichtet werden, Infe-riate hereinzubringen. Das war eine erbärmliche Arbeit, sich derart auszuspeicheln zu müssen, Man glaubte ja den Teufel selbst nicht, den man den Leuten um den Mund zu schmieren hatte. Für den schäblichsten Zweifrankens-Auftrag mußte man dem Opfer ein Loch in den Bauch reden. Das ging mir wider den Strich, wie einem Fgel das Stämmen, und ich kramte eines Tages die schöne kalbslederne Warbetasche hin, riß aus und zog nach Freiburg. Dort mietete ich ein möbliertes Zimmer, maße Gedichte und Novellen auf gebul-diges Schreibpapier und verfuhr, diese Produkte an Redaktionen loszuwerfen. Aber die ausgeschiedenen Tauben fanden nirgendwo Land, ein-mütig kamen sie alle zurückgeflattert. (Fortsetzung folgt.)

Dann erstattete Genosse Reihner-Bodenbach ein tiefwirkendes, gut ausgebautes Referat über das Jugendproblem. An das Referat schloß sich eine dreistündige, rege und lebhafteste Debatte. Die kommunistischen Delegierten betonten vor allem das Erziehungsweisk in Sowjetrußland und verlangten die Annahme des Antrages auf Einsetzung einer Delegation nach Rußland. Genosse Müller verweist auf die große Bedeutung des Erziehungsweiskens und Genosse Müller stellte die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen und Kinderfreunden in den Vordergrund seiner Betrachtungen. Mit Bezug auf die kommunistischen Ausführungen sagt er, daß in Rußland ganz andere Verhältnisse herrschen, als bei uns. Für uns ist richtunggebend das grandiose Aufbauprogramm des

roten Wien und unserer österreichischen Kinderfreunde. (Beifall.) Genosse Reihner fasste in seinem Schlussworte das Ergebnis der Besprechungen zusammen und betonte die Notwendigkeit, die nun selbstgestellten Grundzüge und Beschlüsse auszuwerten. Es müssen eigene Jugendgruppen errichtet und Jugendspielmannschaften aufgestellt werden, in denen sich die Jugend sammeln kann. Die vorliegenden Anträge betreffend die Jugendauschüsse und die roten Falken und die Bestellung eines Genossen als Jugendbundesleiter werden einstimmig angenommen. Um 6 Uhr abends wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Montag vertagt.

Der Bundestag der proletarischen Freidenker.

Die kommunistischen Apparatschik in Aktion. — Mißbrauch der Gastfreundschaft durch den Abg. Viktor Stern.

Auffig, 8. April. Am 8. April begann im großen Saale des Volkshauses in Auffig in Anwesenheit einer großen Anzahl Delegierter der ordentliche Bundestag der proletarischen Freidenker. Am Abend vorher fand ein Begrüßungsabend statt. An der Tagung nahm für den Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Genosse Kögler teil, die Redaktion des „Sozialdemokrat“ war durch Genossen Arnberg vertreten. Unter anderen Gastdelegierten war auch der Vorsitzende der Internationale proletarischer Freidenker Genosse Theodor Hartwig anwesend. In das Präsidium traten sich die Genossen Janauschek und Klemmer.

Es war zu erwarten, daß dieser Kongreß von den Kommunisten zu einem Vorstoß benutzt werden würde, was aber eintrat, überstieg, obwohl man von den Kommunisten manches gewohnt ist, alle Erwartungen. Schon am Vorabend bemühte der Vertreter der kommunistischen Partei, der färram bekannte Abgeordnete Viktor Stern unter völliger Mißachtung des Gastrechtes und der Gastfreundschaft die Gelegenheit, um in seiner sogenannten Begrüßungsansprache in häßlicher Weise sich an unserer Partei zu reiben. Zeit und geschmacklos versuchte er beim Begrüßungsabend unter stürmischem Widerspruch des größten Teiles der Anwesenden für die kommunistische Partei Profiteure zu machen. Obwohl ihm beim Begrüßungsabend durch den Genossen Arnberg eine gründliche und wohlverdiente Abfuhr zuteil wurde, die ihm bei einigem Schamgefühl hätte als Lehre dienen müssen, übertraf er sich zu Beginn der eigentlichen Tagung in einer Weise, für die man schlechthin seinen Ausdruck mehr findet. Aufdringlich und unverfroren versuchte er gleich zu Beginn der Tagung zum Worte zu gelangen, obwohl dies nach der Geschäftsordnung nur ordentlichen Delegierten möglich ist. Während des ganzen Vormittages sah man ihn die Rollen unter den kommunistischen Delegierten verteilen, und die Fäden nach kommunistischem Rezept spinnen. Die unerhörte Art, in der sich dieser Mann bemerkbar machte, löste wiederholt bei der weitans überwiegenden Mehrheit der Delegierten stürmische Entrüstung aus und es fehlte wahrhaftig nicht viel, so wäre der Vertreter der K. P. C. in einer Art und Weise an die Luft gesetzt worden, die er zeitweilig nicht vergessen hätte.

Welche Pläne der Herr Stern hat, geht wohl am besten aus seinem Artikel hervor, den er nach dem Kölner Kongreß in der „Internationalen“ vom 18. Jänner losgelassen hat und in welchem er schrieb: „... Das hatte zur Folge, (nämlich die Einbringung der bekannten Resolution) daß der bisherige idyllische, aber schädliche Schein einer vollkommenen Einheitsfront der Auffassungen der Freidenkerinternationalen zerstört und Märlheit über die Strömungen geschaffen wurde, die es auch in der Freidenkerinternationalen gibt.“

Also der Herr Stern will nicht einmal den „Schein“ einer Einheitsfront, geschweige denn die Einheitsfront, die Einheit und Neutralität. Was er will sagt er in demselben Artikel zum Schluß: „Dieser Kampf muß nun fortgeführt werden, um in der internationalen Freidenkerbewegung dem echten unverfälschten Marxismus (ließ Bolschewismus) zum vollen Siege zu verhelfen.“

Nun, der Herr Dr. Stern wird sich wohl überzeugen haben, daß die weitans überwiegende Mehrheit der Freidenker von seinen Methoden nichts wissen will und die Bewegung nicht zum Tummelplatz der Apparatschik degradieren läßt. Man hatte den Eindruck, daß die K. P. C. bei der Wahl dieses Vertreters von der Auffassung ausgeht, daß er nicht weiter kompromittiert werden könne. Defigiert hatte, kann man nicht anders als eine Provokation des ganzen Freidenkerbundes deuten. Sowohl die Art und Weise des Herrn Stern, als auch die Ertraden der kommunistischen Debatte-rechner werden für alle verantwortungsbewußten Mitglieder des Freidenkerbundes eine ernste Warnung sein müssen. Es wird den kommunistischen Drahtzieherinnen mit aller Deutlichkeit und nachdrücklich gesagt werden müssen, daß der Freidenkerbund kein Exerzierplatz der

kommunistischen Apparatschik ist und sein darf. Nachstehend der Bericht:

Der Begrüßungsabend.

Am Vorabend des eigentlichen Kongresses war erst ein verhältnismäßig geringer Teil der Delegierten eingetroffen. Für sie fand in der Kellerrestauration des Volkshauses ein Begrüßungsabend statt. Um die Verhandlungen des nächsten Tages nicht zu verzögern, war die Vereinbarung getroffen worden, daß die Begrüßungsansprachen der Gastdelegierten schon am Vorabend erfolgen. Der Begrüßungsabend wurde durch den Genossen Janauschek, den Vorsitzenden des Bundes, mit einer kurzen Ansprache eingeleitet. Er führte kurz aus: „Wir arbeiten an einem großen Ziele, wir schaffen in gemeinsamer Arbeit an der Vollenbung eines Befreiungswerkes, dem wir die Parole gegeben haben: „Für die geistige Befreiung des Proletariats.“ In unseren Beratungen wollen wir bekunden, daß wir nur ein Glied in der großen Familie des Proletariats sind. In gemeinsamer Arbeit mit dem anderen Teil der proletarischen Bewegung wollen wir die Zwangsbürde des Kapitalismus niederringen! (Stürmischer Beifall.) Namens der Ortsgruppe Auffig des Bundes proletarischer Freidenker sprach Genosse Sahmer, der darauf verwies, daß in Auffig vor 20 Jahren der Grundstein für die Freidenkerbewegung gelegt wurde. Er spricht sich für eine Festigung und Vertiefung der Freidenkerbewegung aus und entbot den Delegierten die herzlichsten Grüße. Genosse Hartwig überbrachte die Grüße der Internationalen proletarischer Freidenker. Er betonte, daß es nicht gleichgültig sei, wie sich die Bewegung in der Tschechoslowakei entwicke. Was hier geschieht, wird ein Echo finden, weit über die Grenzen des Staates hinaus. International, wie die Reaktion, muß auch der Abwehrkampf der Arbeiterklasse geführt werden. Wie in anderen Staaten, wird auch in der Tschechoslowakei der Versuch unternommen, die Schule des Merkantilismus unterzuordnen. Die vornehmste Aufgabe der proletarischen Freidenker, muß der Abwehrkampf gegen die Merkantile Reaktion sein. Die Internationale der Freidenker ist notwendig, denn auch die Merkantile organisieren sich international. Wir stehen erst in der ersten Etappe unserer Entwicklung, die gekennzeichnet ist durch die Loslösung der proletarischen von der bürgerlichen Freidenkerbewegung. Die nächste Etappe wird vor andere Probleme gestellt sein. Diese Aufgaben erfordern strengste Solidarität und absolute Neutralität. Die Internationale wird parteipolitisch neutral sein oder sie wird nicht sein. Wir werden nicht dulden, daß unsere eigene Freidenkerbewegung parteipolitisch mißbraucht wird. (Starker Beifall.) Zehnjährige Begrüßungen waren unter anderem einlangung vom Bundestag in Karlsbad, von dem österreichischen Freidenkern, den Freidenkern Deutschlands, vom Verband der Gottlosen in der Schweiz, vom Verband der deutschen Arbeiter-Gesangsvereine, die vom Vorsitzenden Genossen Janauschek verlesen wurden. Dann sprach namens des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Genosse Kögler. Er sagte unter anderem: Die politische Situation in diesem Staate ist gekennzeichnet durch die „christliche Milde“. Der stellvertretende Ministerpräsident, Monsignore Sramel ist der Vertreter der christlichen Milde, für ihn gilt der Grundsatz „Du sollst nicht töten“. Die Anwendung dieses Grundsatzes ist die, daß Militär, Gendarmerie und Polizei mit Bajonetten und Bleikugeln gegen demonstrierende Arbeiter losgehen, also dasselbe Beispiel, wie es der Prälat Seipel, der ja auch ein Vertreter der „christlichen Milde“ ist, in Oesterreich praktiziert. Wir wissen, daß die Entscheidung in den Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie auf politischem Gebiete erfolgen wird. Wir wissen aber auch, daß den proletarischen Freidenkern in diesen Auseinandersetzungen eine wichtige Mission zugute ist. Die Freidenkerbewegung wird ihre Aufgabe lösen in dem Maße, als es ihr gelingt, die Einheitsfront zu bewahren. Mögen die morgigen Beratungen das proletarische Gefühl in der Freidenkerbewegung vertiefen, möge der morgige Kongreß der Ausgans-

punkt zu neuen Erfolgen für die Arbeiterklasse werden! (Großer Beifall.) Es sprach dann namens der tschechischen Freidenker Dr. Bartonäc, nach welchem der Herr Dr. Stern zum Worte gelangte. In arger Geschmacklosigkeit und ohne jedes Taktgefühl führte er, oft von stürmischen Zwischenrufen unterbrochen, offene und versteckte Angriffe gegen unsere Partei, er blieb damit seiner Tradition treu und er besaß nur, was man seit ihrem Bestande von der kommunistischen Partei gewohnt ist: Zwietracht und Mißtrauen unter die Arbeiter zu säen. Aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Nach ihm kam als Vertreter der Kreisorganisation Auffig - Bodenbach - Warnsdorf der deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei Genosse Arnberg zu Worte, der ihm eine gründliche Abfuhr bereite. Genosse Arnberg führte aus: „Es ist für uns eine besondere Genugtuung, den Kongreß der Freidenker im Namen der sozialdemokratischen Kreisorganisation begrüßen zu können, weil 75 Prozent der Freidenker in diesem Kreisgebiete Sozialdemokraten sind. Darin liegt der Beweis, daß die Schule, durch die diese Freidenker ergangen sind, die diese Freidenker, eine gute Schule war. Darinnen liegt der Beweis auch dafür, daß unsere Partei ihrer Aufgabe nicht nur auf dem Gebiete des politischen und ökonomischen Klassenkampfes erfüllt hat, sondern ihren Aufgaben auch auf kulturellem Gebiet erfüllt hat. Es lag nicht in unserer Absicht, durch parteipolitische Auseinandersetzungen den heutigen Abend zu stören. Die Ausführungen des Vorredners zwingen uns aber nunmehr ebenfalls, zu den Dingen Stellung zu nehmen: Genosse Hartwig sagte, die Freidenkerbewegung müsse parteipolitisch neutral sein oder sie werde nicht sein. Dem stimmen wir zu. Dr. Stern redete auch der Neutralität das Wort und hat als erster diese Neutralität durch seine Ausführungen größtenteils verkehrt. Auch wir wünschen diese Neutralität, aber wenn diese Neutralität so aufgefaßt wird, daß wir die kommunistische Zellenbildung widerspruchlos dulden sollen, so erklären wir, daß wir diese Art Neutralität rundweg ablehnen. Dr. Stern hat auch von der „Einheitsfront“ gesprochen, was darunter zu verstehen ist, wissen wir. Dennoch aber müssen wir die Frage stellen, warum wurde, wenn die Einheitsfront der Arbeiterklasse so nötig ist, diese Einheit der Arbeiterbewegung gerade in dem Augenblicke in der mutwilligsten Weise zerschlagen, als wir alle im Proletariat lebendigen Kräfte auf das Notwendigste brauchten? Wir bebauern es, daß es heute zu dieser Auseinandersetzung gekommen ist. Es ist nicht unsere Schuld. Wir hoffen und wünschen, daß die Freidenkerbewegung in ihren Beratungen jene Wege finden wird, die der Arbeiterklasse dienen und nicht einer politischen Partei! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Es begrüßten dann noch den Verbandstag die Genossen Bruschel für die Arbeiteresperantisten, Dietl für die Naturfreunde und Holzmann von den „srdružni proletársky bevrzú“.

1. Verhandlungstag.

In vollbesetztem großen Volkshaussaal wurde kurz nach acht Uhr vormittags die eigentliche Tagung eröffnet. Sie wurde eingeleitet mit dem von den Auffiger Arbeiterjüngern mit künstlerischer Vollenbung vorgebrachten Männerchor „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“. Genosse Janauschek entbot dann den Delegierten herzlichsten Willkommengruß und gedachte dann der im Verlaufe der Berichtsperiode verstorbenen Mitglieder des Freidenkerbundes.

Es wurde dann die Geschäftsordnung festgesetzt und die Entsendung eines Begrüßungstelegrammes an den Bundestag der Arbeiterturner unter dem Beifall des ganzen Kongresses beschlossen.

Kommunistische Aufdringlichkeit.

Kann waren diese Formalitäten erledigt, trat der bekannte Herr Dr. Stern, an dem die Lehre vom vorhergehenden Abend anscheinend wirkungslos abgeglitten war, in Aktion. Von der Ortsgruppe Schönlinde lag ein Antrag zur Geschäftsordnung vor, parteipolitische Auseinandersetzungen nicht zuzulassen. Sofort meldete sich der Herr Dr. Stern zum Worte, obwohl er nur als Gast anwesend war und nach dem vom Verbandstag beschlossenen Geschäftsordnung als solcher gar nicht zum Worte gelangen konnte. Unter stürmischem Protest und unter lauten Zurufen „Raus mit Stern!“, „Auf die Galerie mit Stern!“ wiederholt er seine Versuche und als sie fruchtlos blieben, sprang für ihn der als Delegierte anwesende Herr Hanzlitschek in die Bresche, der es als undenkbar bezeichnete, dem Antrag Schönlinde zuzustimmen. Wie man sieht, trugen sich die Herrschaften allen Ernstes mit der Absicht, dem Kongreß ein besonderes kommunistisches Gepräge zu geben und eine Gelegenheit zu schaffen, ihre ihnen vor irgend einem „Politbüro“ übermittelten Weisheiten an den Mann zu bringen. Die Delegierten durchhauerten aber dieses Spiel und erhoben den Antrag Schönlinde mit großer Mehrheit zum Beschluß, sehr zum Leidwesen des Herrn Stern und seiner Freunde. Es wurde dann ein geschäftsmäßiger Antrag, begründet vom Genossen

Schwärz, beschlossen, eventl. Resolutionen einem Redaktionskomitee vorzulegen, damit nicht zu einem Zeitpunkte, da die meisten Delegierten schon an den Aufbruch denken, der Kongreß mit Resolutionen überhumpelt werde, wie dies am Kölner Kongreß geschehen ist. Auch dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag von Bodenbach, betreffend die Zusammenlegung der Kommissionen wurde abgelehnt. Dann erfolgte die Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlvorschlagskommission, der Antragskommission, des Redaktionskomitees und der Personalkommission.

Dann erbat sich Genosse Hartwig zu einer persönlichen Erklärung das Wort, er verweise auf die systematische Hege, die von gewisser Seite (gemeint sind die Kommunisten) in letzter Zeit gegen ihn betrieben wird und stellte fest, daß er mehrmals einstimmig, also auch von den Kommunisten gewählt worden ist. Mit Schärfe wendete er sich, ohne Namen zu nennen, gegen die Aufdringlichkeit des Stern, welcher schon den Begrüßungsabend mißbraucht und ihn, Genossen Hartwig, angegriffen habe. Er verwahrte sich dagegen, daß von Leuten, die von der Freidenkerbewegung nichts verstehen, in diese hineingepusht werde. (Stürmischer Beifall. Rufe: Stern!) Unsere Gegner warten auf die Berichte von unseren Verhandlungen. Es wäre ein Verbrechen, an der Freidenkerbewegung und an der Arbeiterklasse, den Bundestag für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen. Laßt Euch nicht beeinflussen von Augenweibern, die von der Freidenkerbewegung keine Ahnung haben! (Stürmischer Beifall.)

Nun war es der Kommunist Keschel, der für Herrn Stern eine Lanze brach. Wiederum erschollen stürmische Protestrufe und viele Delegierte verlangten stürmisch, daß Stern sich entfernen möge, erst allmählich trat wieder Ruhe ein, worauf zum ersten Punkt, „Berichte“ geschritten wurde.

Hierzu ergriff als erster der Obmann des Bundes

Genosse Janauschek

das Wort. Er knüpfte an den Bundestag in Karlsbad an, wo nach langem geistigen Ringen mit 30 gegen 17 Stimmen die Loslösung der proletarischen von der bürgerlichen Freidenkerbewegung beschlossen wurde. Die freigeistige Gesinnung des proletarischen Freidenkerbundes sollte zu einem Mittel im Klassenkampf werden. Diese neue Richtung hat auch der Segenerner in Karlsbad als das wesentlichste bezeichnet, indem er erklärte, daß gerade wir Freidenker es sind, die die Arbeiter vom eigentlichen Klassenkampf nicht abhalten, sondern die Grundlage für den Klassenkampf schaffen. Es ist unsere Erkenntnis, daß dies der einzige Weg ist, der für die Fortentwicklung der Gesellschaft übrig bleibt: „Die Anpassung der Aneignungsform an die Produktionsweise, die Vöbergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft, die vollendete rückhaltlose Durchführung der vom Kapital nur halb durchgeführten Verwandlung der uns nützlichen Produktion in gesellschaftliche Produktion.“

Eine neue Epoche verlangt neue Menschen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, dahin aufzuföhren, daß ein Mensch, der diese neue Epoche mit bauen helfen will, mit seinem Denken fühlen und Wollen nicht im Mittelalter stecken bleiben darf. Es war für uns daher eine logische Folgerung, den freigeistigen Kampf gegen Kirche und Religion an den größten allgemeinen Befreiungskampf des Proletariats überhaupt anzugliedern und die Ueberflüssigkeit der Kirche abzulegen. Der Bruch mit der Kirche ist uns ein Grundsatz, von dem der proletarische Freidenker nicht abgehen kann.

Die Entwicklung, die unser Verband genommen hat, ging nicht immer reibungslos vor sich. Aber die Schwierigkeiten können heute als überwunden gelten und wie die Entwicklung zeigt, hat unsere Bewegung seit dem Jahre 1922 einen unermesslichen Aufstieg zu verzeichnen. Unser Bestreben muß aber weiter gehen. Wir müssen es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, die gesamte Freidenkerbewegung zu einigen. Wir hoffen, daß wir auch diesem Ziele näher kommen und der Beschluß von Rechenberg ist Beweis dafür, daß diese Notwendigkeit von allen unseren Mitgliedern verstanden wird.

Was wir aber immer wieder betonen wollen ist, daß wir in erster Reihe Sozialisten sind. Wir halten es unter unserer Würde, unsere Lebenskräfte an Kleinlichem und Alltäglichem zu vergeuden, vor allem wollen wir die Einheit und Einheitsfront unserer Bewegung schützen. Wir haben uns eigener Kraft emporgearbeitet und sind aus eigener Kraft stark geworden und deshalb werden wir nicht dulden, daß von außenher Zwietracht in unsere Reihen getragen wird.

Für Parteikampf ist in unserem Bunde kein Platz, denn unser Freiidentum stellt sich die Aufgabe, die edelste Waffe des Menschen, das freie Denken, zu einer schneidenden Waffe der gesamten Arbeiterklasse zu gestalten. Wir kennen nur einen Gegner: das ist der Merkantilismus und die von ihm geleitete Reaktion. Dem Wüten der Reaktion müssen wir in geschlossener Front entgegentreten und es wird Aufgabe des Bundestages sein, Richtlinien und Wege zu finden, damit das Proletariat stürmischer gegen die Merkantilen Zwingsburgen marschiere.

Genosse Janauschek verbreitete sich dann über die Tätigkeit des Bundes und richtet an den Kongreß den warmen Appell, die Einigkeit im Bunde

Svehla.

Prag, 9. April. (Amtlich.) Bulletin über den Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Dr. Svehla vom 9. April mittags, verfaßt in Anwesenheit Prof. Baquez aus Paris: Der Kranke leidet ständig unter schmerzhaften Herzankfällen und sein Zustand erfordert weiterhin absolute Schonung. Prof. Baquez, Prof. Sllaba, Prof. Dr. Pelina, Dozent Dr. Banjel.

zu bewahren. Die Befreiung liegt im Willen, in der zielbewußten Tat, eingedenk der Mahnung aus den Sagen der Arbeitermarxisten:

Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser und Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber nun.

Den Ausführungen des Genossen Janausch folgte langanhaltender stürmischer Beifall.

Es folgte dann der Bericht des Sekretariates, den Genosse Lebenhart erstattete. Darnach umfaßt der Bund gegenwärtig 192 Ortsgruppen mit 11.200 Mitgliedern, gegenüber dem Vorjahre ist ein Zuwachs von 14 Ortsgruppen und 1900 Mitgliedern zu verzeichnen. Von den Mitgliedern sind 9131 Männer und 2067 Frauen, 10.548 Mitglieder sind männlich, 842 intellektuelle Arbeiter. Der Parteizugehörigkeit nach sind 6141 Sozialdemokraten, 2923 Kommunisten und 2386 parteilos. Den größten Zuwachs weist Bodensach auf, das gegenüber dem Vorjahre zehn neue Ortsgruppen und 600 Mitglieder mehr zu verzeichnen hat.

Den Rassenbericht erstattete Genosse Weigel. Für die Kontrolle beantragte Genosse Saas die Entloftung, die auch einstimmig erteilt wurde.

Die Debatte.

Die Debatte zeigte, daß die kommunistischen Apparatschik ihre Fäden geworpen hatten. Die ersten sechs Debattierenden waren durchweg Kommunisten, und zwar Reihel, Paul, rechte Carlina, Wenzel, Hansliedl, Pfeiffer und Bickhof. In den Berichten selber wählten sie sämtlich sehr wenig zu sagen, hingegen warfen sie noch bekanntem Rezept eifrig für die „Einheitsfront“. Während der Ausführungen Hansliedls kam es zu besonders heftigen Szenen, als dieser nochmals versuchte, für Stern eine Lanze zu brechen und der Konferenz zumute, sich das kommunistische Geogelium aus dem Munde des Dr. Stern anzuhören. Als sich Hansliedl in Angriffen auf Genossen Hartwig gab, legte ein minutenlanges Lärm ein, so daß Hansliedls weitere Ausführungen vollständig untergingen.

In temperamentvoller, ironischer Weise bedäufelte sich dann Genosse Hartwig mit den Ausführungen der kommunistischen Redner, er warnte namentlich vor einer Kampfabstimmung, die gleichbedeutend wäre mit der Spaltung. Die bekannte Resolution des Röhner Kongresses bedauere er, da sie zu einer bedeutenden Erschwerung der Vereinheitlichung der Freiendlerbewegung geworden ist. Den Kommunisten sagte er: „Ihr verlangt von uns die Neutralität auf Grund unserer Prinzipien, aber ihr verlegt die Neutralität ständig auf Grund eurer Prinzipien. Kommunistische Freiendler sind in unserer Bewegung ein Feld der Betätigung. Nur Kommunisten aber können wir in unserer Bewegung nicht brauchen!“ (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Genosse Jungbauer sagte, es sei nicht richtig, daß dort, wo eine starke Freiendlerbewegung besteht, auch eine starke Parteibewegung zu haben sei, hingegen aber ist es richtig, daß dort, wo die sozialdemokratische Partei stark ist, auch die Freiendlerbewegung stark geworden ist. Er verwahrt sich schärfstens gegen die Hineintragung des Parteistandes in die Freiendlerbewegung durch die Kommunisten. Er erinnerte an die Maßnahmen der kommunistischen Internationalen, die ihre Angehörigen zur Fraktionbildung in der Freiendlerbewegung auffordert. So versprechen wir die Einheit nicht und so versprechen wir nicht die Neutralität! (Lebhafter Beifall.) Genosse Rehler verteidigte dann die Bundesleitung gegen die unangenehmsten Angriffe der Kommunisten. Für die Verschmelzung der proletarischen Organisationen könne man keinen Termin setzen, denn dazu genügt der Wille allein nicht, sondern es müssen auch die Verhältnisse darnach sein. Lebenhart habe den Bund bezeichnet als einen starken Baum, von dem der Sturm zwar Äste und Zweige gerissen habe, dessen Stamm aber stark und gesund sei. Es besteht die Gefahr, daß der Sturm der Zerfetzung auch den Stamm angreift. Das wäre eine schwere Gefahr für die ganze Bewegung und diesen Sturm wollen wir zerstreuen. (Lebhafter Beifall.)

Damit war die Debatte beendet und es wurden dann die Verhandlungen abgebrochen. Die Verhandlungen des zweiten Tages begannen Montag früh um 8 Uhr.

Dr. Girschil aus der Haft entlassen.

Eger, 9. April. Der wegen des Verdachtes, am 7. Feber d. J. den Mord an der Lehrerin Marie Frischke in Gallenstallung begangen zu haben, verhaftete Arzt Dr. Hans Girschil ist gestern mittags, nachdem der die Untersuchung führende Landesgerichtsrat Wöhrsch den Antrag auf Haftentlassung gestellt hatte, über Entschreibung der Staatsanwaltschaft am Kreisgericht in Eger aus der Haft entlassen worden. Dr. Girschil hat in Begleitung von Verwandten gestern Abend Eger verlassen und hat die Absicht geäußert, seine ärztliche Tätigkeit in Peitzgenkreuz bei Plan wieder aufzunehmen.

Der Verbandstag der deutschen Kleinbauern und Häusler.

Erster Verhandlungstag.

Prag, 9. April. Der Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Häusler hielt während der Osterfeiertage seinen diesjährigen ordentlichen Verbandstag in Prag ab. Der Saal im „Goldenen Kreuz“ war voll besetzt von den zahlreichen Delegierten, die aus allen Gebieten der Republik nach Prag gekommen waren. Nach 9 Uhr eröffnete Genosse Abgeordneter Leibl, der Vorsitzende des Zentralverbandes, den Verbandstag. Er begrüßte vor allem die Gäste und Vertreter der befreundeten Organisationen. Für den Zentralverband der Kleinbauern und Häusler ist Genosse Nationalrat Mentastl erschienen. Für die deutsche sozialdemokratische Partei Abgeordneter Genosse Taub, für den tschechischen Verband der Kleinbauern und Häusler Genosse Vejrazka und für den Forstarbeiterverband Genosse Uhl. Nach der Eröffnung erteilte der Vorsitzende dem Genossen Mentastl das Wort. Dieser übermittelte dem Verbandstage die Grüße der österreichischen Kleinbauern. Wenn ich Euren Verbandstag besucht habe, führte Genosse Mentastl aus, so habe ich es deshalb getan, um Ihre Bewegung kennen zu lernen und wertvolle Anregungen mit nach Hause zu nehmen, um sie dort in die Praxis umzusetzen. Genosse Mentastl sprach dann weiter über die Entwicklung der jungen Bewegung in Oesterreich, über die Unterstützung der Bewegung durch die sozialdemokratische Partei, deren großartige Entwicklung auch ihm die Gewähr dafür gibt, daß die Bewegung der Kleinbauern siegen muß. (Großer Beifall.)

Im Auftrage des sozialdemokratischen Parteivorstandes und des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren begrüßte Genosse Taub den Verbandstag und sagte unter anderem:

Ich glaube nicht erst die Versicherung geben zu müssen, daß die Partei Eure Bewegung mit dem größten Interesse verfolgt und es ist sicher keine Phrase, wenn ich sage, daß wir bereit sind, Euch in Eurem schwierigen Kampfe zu unterstützen. Wir wissen diese Schwierigkeiten wohl einzuschätzen, wir wissen, daß es keinen Vergleich der Agitationsarbeit unter dem Landproletariat mit der unter dem Landproletariat gibt. Die Großagrarien nützen das Abhängigkeitsverhältnis der Kleinbauern in jeder Beziehung aus. Es ist unsere vornehmste Aufgabe, sie zu unterstützen. Denn wir wissen gut, daß wir unsere historische Mission nur dann erfüllen können, wenn es uns gelingt, neben dem Industrie- und Landproletariat auch das Proletariat des Landvolkes zu gewinnen. Aber die Zeit selbst freisetzt für uns. Genosse Taub verwies dann auf die Zug- und Trugpolitik der deutschen Landhändler, die, seitdem sie in der Regierung sitzen, alles vergessen haben, was sie einst dem deutschen Volke versprochen haben. Erst jetzt in der allerersten Zeit nehmen sie die alten Kampfparolen wieder auf, erst jetzt beziehen sie wieder die alten Kampfpositionen. Es stehen nämlich Wahlen vor der Tür! Es gibt keine zweite so reaktionäre Partei, als die der deutschen Landhändler. Genosse Taub verwies besonders auf die Politik der deutschen Landhändler im deutschen Landbeskulturrat, in dem sie aus Angst vor jeder Kontrolle den einzigen Vertreter der deutschen Kleinbauern, Genossen Leibl aus den Ausschüssen verdrängten und damit einen argen Rechtsbruch begingen. Ich bin überzeugt, daß diese eine Tat der deutschen Landhändler der Kleinbauernbewegung immense Dienste leisten wird. Anschließend an die Worte des Genossen Mentastl möchte ich nur erwähnen, daß unsere Bundesorganisation in Oesterreich einen weitaus leuchtenderen Kampf hat als wir, die wir in diesem Staat infolge der Verschiedenheit der Nationen und Parteien in einem allösterreichischen Zustande leben. Ich glaube aber sagen zu dürfen, daß wir dieser Schwierigkeiten Herr werden und daß über diese Schwierigkeiten hinweg das Land- und Industrie- und Landproletariat den Tag erleben wird, an dem wir die roten Fahnen auch in diesem Staate werden hissen können. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Genosse Uhl überbrachte die Grüße der Land- und Forstarbeiter und verwies auf die gemeinsamen Ziele, die die beiden Verbände haben. Trotzdem der Verband Erfolge im Lohnkampfe erungen hat, hat er an Mitgliederzahl abgenommen, was auf die Durchführung der Bodenreform zurückzuführen ist. Gerade in den deutschen Grenzgebieten wurden dem deutschen Land- und Forstarbeiter der Arbeitsplatz, die Existenzmöglichkeit genommen. Auch wir wollen die ökonomische Befreiung der Landarbeiter, wir sind mit Ihrem Ziele einig. (Beifall.)

Der Vorsitzende erteilt sodann dem Sekretär des Verbandes, Genossen Schmidt, das Wort zum Bericht über die Tätigkeit des Verbandes. Dem Verbandstag liegt ein umfangreicher Bericht vor, der ein gutes Zeugnis von der ständigen Auswärtsentwicklung des Verbandes gibt. Dem Verbande gehörten am 31. Dezember 1927 250 Ortsgruppen mit 6157 Mitgliedern an. Der Verband hat einen Zuwachs von Mitgliedern in der letzten zwei Jahren zu verzeichnen. Der Bericht zeugt weiter von der großen Arbeit, die das Sekretariat zu leisten hatte, gibt eine Uebersicht über den Warenbezug durch den Verband, über die durch den Verband durchgeführten Versicherungen. Der Verband hat elf Rechtsauskunftstel-

len, die sehr gut arbeiten. Der Verband gibt dreimal monatlich den „Kleinen Landwirt“ und das „Landvolk“ heraus und auch der vom Verbande herausgegebene Kleinbauernkalender konnte in den letzten Jahren seine Auflage bedeutend vergrößern. Genosse Schmidt verweist vor allem in seinem Bericht darauf, daß die Bildungsarbeit noch besonders ausgebaut werden muß, daß eine Gruppe von guten Referenten und Funktionären vorhanden sein muß, um auf dem reaktionären Lande den Kampf gegen die Landhändler erfolgreich aufnehmen zu können. Der Bericht spricht weiter über die Durchführung der Bodenreform und Genosse Schmidt führt eine ganze Menge von Beispielen an, die davon zeugen, wie fortpächtig die Bodenreform durchgeführt wurde. Der ausführliche Bericht des Genossen Schmidt über die Tätigkeit des Verbandes und der Bericht über die Geldgebarung wird vom Verbandstage zur Kenntnis genommen.

Nach dem Bericht des Genossen Schmidt meldet sich der Sekretär des tschechischen Verbandes der Kleinbauern und Häusler, Genosse Vejrazka, zum Wort:

„Viele Genossen! Sie wie wir, wenn wir auch verschiedene Sprachen sprechen, arbeiten für das gleiche Ziel, nämlich für die politische und ökonomische Befreiung der Kleinbauern. Und unsere Arbeit ist keine leichte, denn wir haben es mit einem reaktionären Gegner zu tun. Sie können mit dem Berichte, den Sie gehört haben, zufrieden sein. Sie haben wirklich in diesen neun Jahren eine schöne Tätigkeit aufzuweisen. Ich fordere Sie auf zur gemeinsamen Arbeit, da wir alle gemeinsam leiden. Sorgen Sie dafür, daß draußen auf dem Lande Ihre kleinen Leute, und auch die unfrigen, nicht den nationalen Phrasen folgen, sondern daß wir eine gemeinsame Familie bilden, da wir einen gemeinsamen Feind haben, gegen den wir gemeinsam kämpfen müssen.“

Genosse Taub übersehte die Worte des tschechischen Genossen, die mit stürmischen Beifall aufgenommen wurden.

Nachmittags wurde die Debatte über den Bericht des Verbandsvorstandes abgeführt. Hierauf ergriff Genosse Michael das Wort zu einem Referat über das landwirtschaftliche Versicherungswesen. Er besprach in ausführlicher Weise die einzelnen für den Landwirt wichtigen Versicherungszweige und verwies auf den großen Wert der Versicherung selbst. An das Referat schloß sich eine rege Debatte.

Zum dritten Punkte der Tagesordnung, „Agrarpolitische Tagesfragen“, ergriff Abg. Genosse Leibl das Wort und führte unter anderem aus:

Nach dem unglücklichen Ausgang der Wahlen im Jahre 1925 traten die deutschen Agrarier und Christlichsozialen in die Regierung ein und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, dort ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren, während sie nach außen hin vorgaben, die deutsche Scholle und Schale schützen zu müssen. Der Minister verweist sodann auf eine Reihe von Gesetzen, die die neue Regierung geschaffen hat, geradezu zur Vereinerlichung der Großagrarien. Hierher gehören einmal die Zollgesetze. Es handelt sich um ausgeprochene Hochzollzölle, die natürlich nur für den Großbauer einen Wert haben und nur ihm Nutzen bringen, während nahezu 80 Prozent aller Landwirte durch sie nur geschädigt werden. Aber nicht genug damit, bereitet jetzt die Regierung wieder neue Agrarzölle vor. Genosse Leibl bespricht sodann die Steuerreform, von der der Herr Finanzminister erklärte, daß sie geschaffen wurde, um die Kleinen zu entlasten. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Nur für die Großbauern wurden Erleichterungen geschaffen. Der Referent bespricht sodann an vielen Beispielen die Praktiken der Agrarier, die den Steueramministratoren Vorschläge für die Steuerbemessung machten, denen zufolge die großen Besitztümer die Hälfte weniger Steuern zu zahlen hätten als die Kleinen. Alle Vorschläge der Kleinbauern, die unterbreitet wurden, wurden einfach nicht beachtet. Auf der anderen Seite wurden aber Banken und Industrieunternehmen in die Millionen gehende Steuernachlässe gewährt. Die Umsatzsteuer für die Landwirte wurde erhöht und natürlich kommen auch hier die Kleinbauern schlechter weg. Das traurigste Kapitel ist aber die Bodenreform. Tausende Beschwerden und Klagen über Ungerechtigkeiten und Betrügereien liegen vor, ohne daß sich aber die Verantwortlichen rechtfertigen können oder auch nur wollen. Mit Recht konnte ich, fährt Genosse Leibl fort, im Parlamente sagen: Mit dem Bodename kann man nur im Wege der Besteuerung verfahren. Wenn die Bodenreform wirklich volkswirtschaftlich durchgeführt worden wäre, hätte man aus diesem Lande ein Paradies schaffen können und auch der Staat hätte einen großen Vorteil davon gehabt. Aber die Bodenreform ist bis heute nur ein Mittel zur Fiktion geblieben.

Ein wirkliches Kleinpächterschutzgesetz haben wir bis heute eigentlich noch nicht gehabt. Es waren immer nur Provisorien. Die deutschen Agrarier Zierhut und Heller haben die Schaffung eines solchen Gesetzes zu verhindern gesucht. Noch einen wichtigen Grund hatten die deutschen Aktivisten zum Eintritte in die Regierung: die Verschlechterung der Sozial-

versicherung. Den Landwirten haben sie erzählt, daß diese kein Interesse an einer Sozialversicherung haben können. Aber gerade die Kleinen Landwirte haben ein großes Interesse an diesem Gesetze. Denn bevor sie irgendeinen Boden übernommen, haben größtenteils alle irgendwo als landwirtschaftliche Arbeiter gearbeitet und da haben sie, wenn sie nur 150 Wochenbeiträge gezahlt haben, schon einen Anspruch auf eine Alters- bzw. Invalidenrente. Man will weiter den Eindruck hervorrufen, daß die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen unbedeutend sei. Es handelt sich aber um 1.570.000 Arbeiter. Eine Million soll durch die Novellierung der Sozialversicherung ausgeschlossen werden. Es ist bezeichnend, daß der Regierungsentwurf genau dem Gutachten des Landeskulturrates entspricht. Genosse Leibl wendet sich nun dem Landeskulturrat zu, der heute nichts anderes ist, als ein Werkzeug der agrarischen Parteien. Er verweist darauf, daß er früher in den einzelnen Ausschüssen und Kommissionen sah, was seit dem Eintritte der deutschen Agrarier in die Regierung nicht mehr der Fall ist, da sie die Kontrolle des einzigen Vertreters der Kleinen Landwirte fürchten. Da aber einmal doch Wahlen in den Landeskulturrat vorgenommen werden müssen, denken die Agrarier schon jetzt daran, das Einbringen der Kleinlandwirte zu verhindern, um wollen den Landeskulturrat reorganisieren. Ein Entwurf ist reaktionärer als der andere. Wir müssen uns auch in dieser Frage eng an die sozialdemokratische Partei anschließen. Ein Entwurf ist reaktionärer als der andere. Wir müssen uns auch in dieser Frage eng an die sozialdemokratische Partei anschließen. Ziele entgegengehen und gemeinsam mit der Arbeiterbewegung werden wir auch siegen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Zweiter Verhandlungstag.

Unter dem Vorsitz des Genossen Zentner wurden die Verhandlungen um 8 Uhr früh wieder aufgenommen und zunächst die vorliegenden Anträge erledigt. Außer Beschlüssen organisatorischer Natur wurde auch ein Antrag angenommen, womit für die Verbandsmitglieder ein eigenes Abzeichen eingeführt wird. Ferner wurde beschlossen, zum jährigen Bestande des Verbandes im Jahre 1930 eine würdige Feier zu veranstalten, welche mit dem nächsten Verbandstage verbunden werden soll. Der Vorsitzende erteilt sodann dem Genossen Jaksch zu seinem Referate über die

Aufgaben der Kleinbauernbewegung

das Wort. Einleitend legte Genosse Jaksch in einem historischen Rückblick dar, daß die Kleinbauernbewegung unter der Landbevölkerung seinen künstlichen Gegensatz hervorrufen will, sondern, daß sie anknüpft an die Gegensätze, die schon seit langer Zeit im Dorfe schlummern und die durch die kapitalistische Entwicklung zum offenen Ausbruch gebracht wurden. Früher, als der Boden noch frei war, hat es eine wirkliche Dorfgemeinschaft gegeben. Dieser alte Bauernsozialismus ist jedoch zerfallen als der Bodenmangel einsetzte und als unter dem Druck dieser Tatsache die Kleinen im Dorfe allmählich von der Nutzung des uralten Gemeinbesitzes ausgeschlossen worden sind. Die Kämpfe um das Gemeinbesitz waren die ersten Klassenkämpfe im Dorfe, sie haben jedoch, da sie lokal begrenzt und unzusammenhängend geführt wurden, in der Geschichte keine Spuren hinterlassen. Erst die Erschütterungen des Krieges brachten die sozialen Gegensätze in der Landbevölkerung vollends zur Ausdehnung und aus dem Schuldbegriff des Kleinen Landvolkes in diesen bewegten Nachkriegszeiten ist der Verband der Kleinbauern und Häusler entstanden. Unserer Bewegung ging

ein halbes Jahrhundert kapitalistischer Revolutionierung des Dorfes

voran. Wenn auch im Laufe der Zeit das äußere Dorfbild fast unverändert blieb, haben sich doch die Lebensbedingungen der Dorfbewohner grundlegend gewandelt. Die häusliche Hausindustrie ist gestorben, das Dorf ist aus seiner Selbstgenügsamkeit heraus in einen regen Warenverkehr gezwungen. Der kapitalistische Geschäftsgeist hat auch die Bauern voll erfaßt und durchdrungen. Dazu kommt, daß mit der Einführung der Maschinen die Landwirtschaft zu einem Saisonberuf geworden ist und daß der Bedarf an Arbeitskräften nur auf die kurze Zeit von Ernte und Drusch zusammengebrängt wurde. Die Häusler und Jukente werden nur mehr vorübergehend gebraucht und sie stehen unter dem doppelten Druck der patriarchalischen Abhängigkeit und moderner Ausbeutung. Die Kleinen Besitzer sind auch nicht in der Lage, aus eigener Kraft den landwirtschaftlichen Fortschritt mitzumachen und so entsteht unter ihnen das Bedürfnis, sich zusammenzuschließen und gemeinsam die notwendigen Maschinen anzuschaffen, Saatgut, Kunstdünger einzukaufen. Unsere Ortsgruppen, die auf diesem Gebiete schon erprobliche Arbeit geleistet haben, sind damit die eigentlichen Erben des alten Bauernsozialismus geworden.

Nicht Zwitterkraft, sondern den Geist gegenseitiger Hilfsbereitschaft tragen wir in die Landbevölkerung hinein.

Auf die Aufgaben der Kleinbauernbewegung übergehend, gab Genosse Jaksch zunächst einen Ueberblick über das moderne Agrarproblem und wies darauf hin, daß die wichtigste Aufgabe der Neuzeit die Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichtes zwischen Industrie und Landwirtschaft ist. Wir müssen die Umwälzungen in der Landwirtschaft in ihrer ganzen Tragweite

